

In Ruhe gelassen werden

Das Zusammenspiel von negativer und sozialer Freiheit in der Kritik an Identitätspolitik

Karsten Schubert

Freiheit als Rücksichtslosigkeit

Im Januar 2022 war ich zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, um über »Cancel Culture« und Identitätspolitik zu diskutieren, genauer: darüber, ob sie eine Bedrohung für Freiheit, Kunst und Demokratie sind. Meine Rolle dabei war, eine identitätspolitikfreundliche Position zu vertreten und »Cancel Culture« gegen Kritik zu verteidigen. Um diese Kritik und eine Analyse ihrer Verankerung in unterschiedlichen Freiheitsbegriffen der Sozialphilosophie geht es in diesem Essay. Die auf dem Panel vorgetragene Kritik zeigt exemplarisch, wie Elemente eines klassisch liberalen, negativen Freiheitbegriffs und eines sozialen Freiheitsbegriffs hegelianischer Tradition in der zeitgenössischen öffentlichen Debatte zu einer konservativen Position verschmolzen werden. Dass dies möglich ist, liegt weniger an einer groben Verdrehung dieser Freiheitbegriffe in der Debatte, sondern in der konzeptuellen Struktur dieser Freiheitsbegriffe. Eine Alternative bietet eine dritte Tradition, die französisch-radikaldemokratische, die das Freiheitsdenken vom Partikularismus aus startet.

Auf dem Panel wurde von den Vertreter:innen der identitätspolitikkritischen Position insbesondere »politische Korrektheit«, zum Beispiel die Kritik an Sexismus in Kunstwerken, als Einschränkung der Meinungs- und Kunstfreiheit bezeichnet. Konkreter wurde die Forderung, dass Trans*-Schauspieler:innen in Filmproduktionen Trans*-Rollen bekommen sollten als Einschränkung der schauspielerischen Kreativität kritisiert. Dagegen wurde argumentiert, dass jede:r Schauspieler:in jede Rolle spielen können solle und

dass dieses transformative Element gerade die Schönheit der Schauspielerei ausmache.

Es wurde auch eine kritische Analyse des Konzepts der Freiheit vorgeschlagen, das der identitätspolitischen Privilegienkritik und »politischen Korrektheit« zugrunde liege: Freiheit werde identitätspolitisch als ein Nullsummenspiel verstanden, bei dem es darum gehe, den einen Freiheit zu nehmen, um sie den anderen zu geben. Dies wurde mit »Freiheit als Rücksichtslosigkeit« auf einen Begriff gebracht und mit einem Konzept der sozialen Freiheit kontrastiert, bei dem Freiheit nur in Kooperation mit anderen verwirklicht werden könne. Die Selbstverwirklichung der anderen sei in diesem Konzept kein Hindernis für meine Freiheit, sondern sogar ihre notwendige Bedingung.

Diese Argumentation ist faszinierend, denn sie zeigt eine typische, sehr selektive Lesart von Elementen negativer Freiheit, also der Freiheit, in Ruhe gelassen zu werden, und sozialer Freiheit, also der Freiheit des gemeinsamen Handelns. Ich denke, dass ähnliche Auffassungen von Freiheit die breitere Empörung gegen Identitätspolitik motivieren, die wir in den internationalen und deutschen öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten der jüngeren Vergangenheit erlebt haben.¹ Die im Folgenden unternommene Analyse dieser Freiheitskonzepte trägt deshalb zu einem tieferen Verständnis der aktuellen Anti-Identitätspolitik-Diskurse bei.

Negative Freiheit: Die Politik des In-Ruhe-gelassen-Werdens

In meiner früheren Arbeit² über die konservative Kritik an »politischer Korrektheit« habe ich diese Kritik als Verteidigung bestehender Privilegien auf der Grundlage eines rein negativen Verständnisses von Freiheit interpretiert. Negative Freiheit ist der zentrale Freiheitsbegriff des politischen Liberalismus und strukturiert damit als Ideologie das westliche Denken zutiefst. Freiheit wird hier als Nichteinmischung³ verstanden, mit anderen Worten: Freiheit bedeutet, in Ruhe gelassen zu werden. Das Subjekt wird als vorgesellschaftlich gegeben konzeptualisiert und liberale Politik zielt darauf ab, es

-
- 1 Vgl. NdM: »Goldene Kartoffel« 2021 für die unterirdische Debatte über »Identitätspolitik«.
 - 2 Schubert: »Political Correctness« als Sklavenmoral?
 - 3 Vgl. Berlin: Two Concepts of Liberty.

mit individuellen Abwehrrechten gegen politische Einmischung zu verteidigen.⁴ Entsprechend beklagen Konservative »politische Korrektheit« als eine freiheitseinschränkende Einmischung – zum Beispiel eine Einmischung in die freie Rollenwahl von Schauspieler:innen oder in die freie Wortwahl beim Schreiben aufgrund der Forderung nach einer geschlechtergerechten Sprache. Dieses Argument verfängt im gesellschaftlichen Mainstream, da es allgemeine Bedenken über den Grad der Freiheit in unserer Gesellschaft aufwirft. Es gelingt der konservativen Kritik⁵ mit diesem Argument, emanzipatorische Politik und das Einklagen von Minderheitenrechten als eine Verletzung von individuellen Rechten und individueller Freiheit darzustellen. Der Trick besteht hier darin, die Semantik der Freiheit zu verwenden, um ein partikulares Anliegen zu universalisieren, genauer, die Verteidigung bestehender Privilegien als Verteidigung der allgemeinen Freiheit darzustellen.

Dieser Trick beruht auf dem negativen Verständnis von Freiheit als Nicht-einmischung. Doch dieses Verständnis ist falsch. Es gibt keine Subjektivität frei von politischer Einmischung, das gesellschaftliche Leben ist eine Angelegenheit ständiger Einmischung. Subjektivität ist durch Macht, Subjektivierung und Privilegien (oder deren Fehlen) konstituiert. Die Kritik an »politischer Korrektheit« blendet Macht und Privilegien aus. Wir sind viel tiefer in soziale Normen verstrickt und durch sie konstituiert, als es das liberale Konzept der Freiheit anerkennt. Das bedeutet, dass es falsch ist, zu sagen, dass »politische Korrektheit« mehr Einmischung bedeutet. Sie bedeutet lediglich eine andere Einmischung durch andere Normen. Zum Beispiel wird Sprache durch gender-sensible Formen nicht *mehr* gegendert; sondern die nicht-gender-sensiblen Formen sind selbst gegendert, weil sie männliche Formen verallgemeinern.

Solche falschen Argumente der negativen Freiheit einzusetzen, um emanzipative Politik abzuwehren und Privilegien zu verteidigen, ist nicht nur eine strategische Entscheidung in einem hegemonialen Kampf. Dieses Denken

4 Vgl. Menke: Kritik der Rechte.

5 Aus Sicht der politischen Theorie könnte diese Verwendung von »liberal« und »konservativ« in einem Atemzug verwundern. Sie drückt die These aus, dass das Konservative heute meist in Form eines solchen Liberalismus auftritt. Bemerkenswert ist auch, dass diese konservative Position oft von ehemaligen linken und linksliberalen Intellektuellen eingenommen wird. Erklärungen dafür finden sich in Amlinger/Nachtwey: Gekränkte Freiheit.

ergibt sich auch aus der spezifischen epistemischen Ignoranz, die mit privilegierten Positionen einhergeht. Nur aus der Perspektive derjenigen, die von konservativen Normen profitierten, konnte der Eindruck entstehen, dass Sprache, Kunst und die Gesellschaft als Ganzes frei in dem Sinne waren, dass sie nicht zutiefst von sozialer Macht geprägt waren – sie leiden unter einem epistemischen Defizit: Machtblindheit aufgrund ihrer sozialen Position. In der Vergangenheit hat man keinen Widerstand erfahren, wenn man sexistische Gedichte schrieb – das ist Freiheit, aber eben nur aus dieser Perspektive.

Darüber hinaus ist diese Positionalität der Freiheit natürlich nicht nur erkenntnistheoretisch, sondern auch interessenpolitisch bedingt. Die als »politische Korrektheit« kritisierte Politik ist emanzipative Normsetzung – der Abbau von Privilegien ist der vernünftige Kern dieser Politik. Kein Wunder also, dass Privilegierte sich gegen »politische Korrektheit« wehren und protestieren, denn sie verlieren dadurch. Aber dass sie verlieren, ist der Gewinn der anderen, heute Nicht-Privilegierten – und ein ganz normaler und auch berechtigter Teil emanzipatorischer Politik. Sexistische Sprache einzuschränken bedeutet, das Privileg zu beschneiden, diskriminierende Sprache zu verwenden; neue Normen einzuführen, die darauf abzielen, Trans*-Schauspieler:innen Rollen zu geben, bedeutet, das Privileg von Cis-Schauspieler:innen zu beschneiden, für ihre realistische Darstellung von Trans*-Personen gefeiert zu werden, und so weiter.

Diese Mechanismen der Umverteilung von Privilegien zur Vergrößerung der Freiheit diskriminierter sozialer Gruppen wurden auf dem Panel »Freiheit als Rücksichtslosigkeit« genannt. Es handele sich um ein verarmtes Konzept von Freiheit, da Freiheit hier als ein Nullsummenspiel verstanden werde, bei dem der Gewinn von historisch diskriminierten Gruppen nur durch den Verlust von heute privilegierten Gruppen erreicht werden könne. Die Beschneidung von Privilegien als rücksichtslos zu bezeichnen, entspricht voll und ganz der liberalen Sozialontologie, die mit ihrem negativen Konzept von Freiheit ausblendet, wie Macht und Privilegien die Möglichkeiten, in der Gesellschaft zu handeln und an ihr teilzunehmen, unterschiedlich strukturieren.

Die Politik des In-Ruhe-gelassen-Werdens besteht also darin, einige soziale Normen selektiv als Eingriffe zu interpretieren und andere zu ignorieren. Bei der Politik des In-Ruhe-gelassen-Werdens geht es rhetorisch darum, generell in Ruhe gelassen zu werden, aber in der Praxis kann es nur die Forderung bedeuten, bezüglich bestimmter Eingriffe in Ruhe gelassen zu werden, die eigene Privilegien beschneiden. Ich denke, dass dies die allgemeine Struk-

tur ist, die den Anti-Genderismus und die Anti-Identitätspolitik im Allgemeinen bestimmt, sowie – mit einigen Unterschieden – neuere Bewegungen wie die Impfgegner und Querdenker.⁶

Schützenhilfe der sozialen Freiheit

Soweit handelt es sich um eine typisch liberale, machtblinde Sichtweise. Doch der soziale Freiheitsbegriff, auf den in der Paneldiskussion verwiesen wurde, ist ein ganz anderer. Es ist der Begriff der sozialen Freiheit, der sich an Hegel und Axel Honneth anlehnt.⁷ Hier wird Freiheit nicht als in Ruhe gelassen werden, als Nichteinmischung verstanden, sondern als etwas immanent Soziales und Gemeinschaftliches, da die Freiheit des Einzelnen die Freiheit der anderen bedinge. Insbesondere, so die Panelist:innen, sei Freiheit kein Nullsummenspiel zwischen Individuen, wie es das Konzept der Privilegien impliziere, sondern Freiheit sei etwas, das nur von der Gesellschaft als Ganzes erreicht werden könne, wenn sie gut geordnet sei. Das Ziel fortschrittlicher Politik in diesem Modell sei es, alle Menschen zu empowern, anstatt Privilegien zu beschneiden, um diskriminierte Gruppen zu stärken. Die Frage ist nun, wie die Einsicht, dass die Politik des In-Ruhe-gelassen-Werdens grundsätzlich auf einem liberalen Konzept der negativen Freiheit beruht und die Feststellung, dass die Identitätspolitik auf der Grundlage eines solchen Konzepts argumentiert, mit dem ausdrücklichen Bekenntnis zur sozialen Freiheit vereinbar ist, das auf dem Panel artikuliert wurde.

Ich denke, dass dies auf ein grundsätzlicheres Problem von Appellen an die soziale Freiheit hinweist: Auch wenn diese Tradition die Subjekte als inhärent sozial begreift, blendet sie dennoch soziale Macht aus – und darin liegt ihre Parallele und ideologische Kompatibilität mit dem Liberalismus und der negativen Freiheit. Ich erkläre diese Parallele, indem ich zunächst die Unterschiede analysiere: Im Gegensatz zur liberalen Tradition ist Freiheit, sozial verstanden, nicht nur die Abwesenheit von Einmischung, denn wir können Subjektivität und Handlungsfähigkeit nur durch die Interaktion mit anderen entwickeln. Mit anderen Worten: Einmischung ist für Hegelianer:innen die notwendige Bedingung von Freiheit. Es gibt kein präsoziales atomares Subjekt, sondern

6 Zu dieser von mir hier nur angedachten Verbindung sind Amlinger und Nachtwey: Ge-kränkte Freiheit äußerst instruktiv.

7 Siehe Honneth: Das Recht der Freiheit.

die Subjektivität ist durchgängig sozial konstituiert. Deshalb spielt die Organisation des Gemeinwesens auf seinen verschiedenen Ebenen – in Hegel'schen Ansätzen konkret die Familie, der Markt und der Staat – eine zentrale Rolle im Konzept der sozialen Freiheit. Wie die gesamte Gesellschaft organisiert ist, ist entscheidend für die Freiheit, die jede:r Einzelne in der Gesellschaft verwirklichen kann. Und dies führt zu einem antiliberalen Element in der Tradition der sozialen Freiheit: Da die Einheit der Gesellschaft die Grundlage der Freiheit ist, wird ihr Vorrang vor der individuellen negativen Freiheit, der Freiheit, in Ruhe gelassen zu werden, eingeräumt. Kurz gesagt: Im Konfliktfall ist die Gemeinschaft wichtiger als der Einzelne. Das Problem ist, dass die soziale Freiheit, obwohl sie Subjekte als durch soziale Normen konstituiert begreift, auch zu Machtblindheit führt, wenn auch in einer anderen Form als der Liberalismus. Die Machtblindheit des Liberalismus beruht darauf, dass er die Subjekte als vorgesellschaftlich begreift. Die Machtblindheit der sozialen Freiheit beruht auf der Ausblendung paternalistischer Effekte der Normen der Gemeinschaft. Mit anderen Worten: Sie ist zu optimistisch, was die freiheitsstiftende Integration in die Gesellschaft angeht, und achtet nicht auf das Problem, dass diese Integration um den Preis der Normalisierung erfolgt.

In der sozialphilosophischen Debatte gibt es heute viele Versuche, Hegel/Honneth auf der einen Seite (soziale Freiheit) mit Foucault und der französischen radikaldemokratischen Tradition auf der anderen Seite zusammenzubringen,⁸ die Freiheit mit der Kritik des Problems von Macht und Privilegien verbindet. Während es also theoretisch Möglichkeiten gibt, die soziale Freiheit und die französische Tradition der Freiheit als Kritik⁹ miteinander zu vereinbaren, stehen sie in ihrer Anwendung in der zeitgenössischen politischen Debatte in starkem Gegensatz zueinander. Hier befeuert die soziale Freiheit die konservative Kritik an der Identitätspolitik, und Freiheit als Kritik ist die Grundlage für emanzipative, intersektionale Politik. Diese Konstellation, die Freiheitsbegriffe in die konkrete Praxis überführt, macht die paternalisierende Wirkung der Rede von sozialer Freiheit vollends sichtbar.

Zwei Elemente sind entscheidend um zu verstehen, wie das Konzept der sozialen Freiheit mit der liberal-konservativen Politik des In-Ruhe-gelassen-Werdens vereinbar ist: Der Appell an Optimismus und der Appell an

8 Vgl. z.B. Genel/Deranty: Anerkennung oder Unvernehmen? und Heidenreich: Die Problematisierungen von Freiheit bei Foucault und Honneth.

9 Siehe zur systematischen Rekonstruktion dieser Konzeption der »Freiheit als Kritik«, Schubert: Freiheit als Kritik.

universalistische Bürger:innentugenden der Verantwortung für die gesamte Gemeinschaft. Beide wurden in der Paneldiskussion angeführt. Und beide verstärken eine universalistische Vorstellung von der Gemeinschaft. Optimismus bedeutet in der Praxis, unsere soziale Welt nicht als durch historische Ungerechtigkeiten und Ausbeutungen strukturiert zu interpretieren, die in den heutigen Unterdrückungssystemen wie Sexismus und Rassismus sedimentiert sind, sondern verbleibende Diskriminierung als unproblematisches Oberflächenphänomen zu deuten, das ohne strukturelle Veränderungen bewältigt werden kann. Und das würde bedeuten, dass Fortschritt ohne Kämpfe für die Umverteilung von Ressourcen und Privilegien möglich wäre. Es sei darauf hingewiesen, dass ein so verstandener Optimismus in einem grundlegenden Widerspruch zu den Einsichten der kritischen Sozialwissenschaft über diese Machtstrukturen steht.

Die Forderung nach staatsbürgerlicher Verantwortung und dem Einsatz für das Wohl der gesamten Gemeinschaft – im Gegensatz zur Spaltung der Gemeinschaft durch den Partikularismus der Identitätspolitik – ist die direkte Folge dieses Optimismus. Wenn man die Gemeinschaft als ein gesundes Ganzes betrachtet, das nicht durch Ungerechtigkeiten strukturiert, sondern nur durch die Partikularität der Identitätspolitik bedroht ist, dann macht der Appell an die Verantwortung, dieses Ganze vor partikularistischem Separatismus zu schützen, Sinn. Das bedeutet, dass die Privilegienkritik der Identitätspolitik einseitig als problematische Einmischung gesehen wird, die die Gemeinschaft stört. Von identitätspolitischen Gruppen wird entsprechend gefordert, dass sie sich an die Normen der Gemeinschaft anpassen. Dies ist eine extreme Version des allgemeinen Paternalismusproblems der sozialen Freiheit: Es geht dabei nicht nur um die Normalisierung einzelner Individuen durch Sozialisation, sondern um den Kampf gegen partikularistische identitätspolitische Gruppen im Namen der universellen Gemeinschaft.

Die Allianz von negativer und sozialer Freiheit in der Anti-Identitätspolitik

Die Politik des In-Ruhe-gelassen-Werdens und ihr Konzept der negativen Freiheit ist also mit dem Konzept der sozialen Freiheit verbunden: Die soziale Freiheit informiert die Selektionsverzerrung der Politik des In-Ruhe-gelassen-Werdens. Ich habe bereits erklärt, dass die Politik des In-Ruhe-gelassen-Werdens sehr selektiv ist, weil sie nur bestimmte Einmischungen als

Einmischungen interpretiert und die meisten anderen ausblendet. Dies führt zu der Frage, wie die Auswahl getroffen wird, und der Appell an das gesunde Ganze der Gemeinschaft, die soziale Freiheit stiftet, ist die Antwort.

Die Machtstrukturen der Gemeinschaft, ihre Normen und Privilegienesysteme werden nur in ihrer ermöglichenden Funktion, als Verwirklichung sozialer Freiheit, und nicht als ausschließend und diskriminierend interpretiert. Und die Umverteilung von Privilegien durch Identitätspolitik wird nur als Freiheitseinschränkung gesehen, nicht als Ermöglichung neuer Handlungsoptionen für ehemals ausgeschlossene Menschen, neuer Formen des Verstehens und neuer Formen des künstlerischen Ausdrucks. All dies ist eine Frage der Positionalität: Die Politik des In-Ruhe-gelassen-Werdens ist eine Politik der partikularen privilegierten Position, die mächtig genug ist, ein rhetorisches Arsenal von Universalitäten – Bürger:innentugend, Verantwortung für die Gemeinschaft, allgemeine Freiheit – zu mobilisieren, um die eigene Position zu universalisieren und jede wirkliche Veränderung abzuwehren. Aus der Perspektive der ausgeschlossenen und minoritären Positionen ist die Prämisse und das Versprechen der sozialen Freiheit – das die eigene Selbstverwirklichung die Selbstverwirklichung der anderen voraussetzt – natürlich bestenfalls ein schönes utopisches Ideal, aber als Beschreibung der bestehenden Gesellschaft schlichtweg falsch. So verstanden ist soziale Freiheit höchst selektiv: Die Gesellschaft fördert die Selbstverwirklichung der Privilegierten, aber auf Kosten von Diskriminierten.

Andersherum wird die ausschließende Funktion, die in der Universalisierung der sozialen Freiheit liegt, durch die negative Freiheit befeuert, und zwar durch den Skandal der Einmischung, der durch die negative Freiheit artikuliert wird. Entsprechend empört wird solche Einmischung von denjenigen, die Privilegien abgeben sollen, als »Rücksichtslosigkeit« zurückgewiesen. Mit anderen Worten: Die negative Freiheit hilft zu artikulieren, wie gefährlich Minderheiten, die Grundrechte fordern, aus Perspektive der Privilegierten für die soziale Freiheit sind.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass negative Freiheit und soziale Freiheit, die in der Sozialphilosophie normalerweise als gegensätzliche Konzepte gelten, im zeitgenössischen Anti-Genderismus und in der Anti-Identitätspolitik miteinander verknüpft sind. Ihnen gemeinsam ist die Ablehnung der Analyse der Gesellschaft als durch Macht strukturiert und der Versuche, Privilegienesysteme zu ändern. Die negative Freiheit liefert den Skandal des vermeintlichen Unrechts der identitätspolitischen Rücksichtslo-

sigkeit, während die soziale Freiheit das kontrafaktische Ideal der gesunden Gemeinschaft malt, gegen die dieses Unrecht begangen werde.

Die demokratische Alternative zu einem solchen Denken, das inhärent ausgrenzend ist, besteht darin, von der Universalität zur Partikularität überzugehen. Demokratische Politik sollte von den Rändern ausgehen, von der Vielfalt der partikularen Perspektiven derer, die ausgeschlossen sind, und nicht von der falschen Universalität privilegierter Positionen. Und demokratische Freiheit bedeutet die ständige Kritik an solchen falschen Universalisierungen. Ich denke, dass dies der normative Kerngedanke der liberalen Demokratie ist, dem wir uns verpflichtet fühlen sollten. Sie wird heute nicht nur von innen angegriffen – wie ich analysiert habe – sondern entlang ähnlicher ideologischer Linien auch geopolitisch, durch die erwachende Koalition autoritärer Staaten weltweit. In diesen Zeiten des Krieges ist es umso wichtiger, darauf zu bestehen, dass die demokratische Einheit, die wir verteidigen, eine paradoxe Einheit ist, die durch den Partikularismus zahlreicher Minderheiten und ständige Kritik gekennzeichnet ist – oder die Demokratie löst sich auch ohne Putins Hilfe auf.

Literatur

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver: *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin 2022.
- Berlin, Isaiah: »Two Concepts of Liberty«, in: Henry Hardy/Ian Harris (Hg.), *Liberty*, Oxford 2002, S. 166–217.
- Genel, Katia/Deranty, Jean-Philippe (Hg.): *Anerkennung oder Unvernehmen? Eine Debatte*, Berlin 2021.
- Heidenreich, Felix: »Die Problematisierungen von Freiheit bei Foucault und Honneth«, in: Pravu Mazumdar (Hg.), *Foucault und das Problem der Freiheit*, Stuttgart 2015, S. 77–88.
- Honneth, Axel: *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin 2011.
- Menke, Christoph: *Kritik der Rechte*, Berlin 2015.
- Neue deutsche Medienmacher*innen (NdM): »Goldene Kartoffel« 2021 für die unterirdische Debatte über »Identitätspolitik«, Pressemitteilung vom 21.10.2021, <https://neuemedienmacher.de/goldene-kartoffel/beitrag/goldene-kartoffel-2021/vom-10.04.2022>.

Schubert, Karsten: Freiheit als Kritik. Sozialphilosophie nach Foucault, Bielefeld 2018.

Schubert, Karsten: »Political Correctness« als Sklavenmoral? Zur politischen Theorie der Privilegienkritik«, in: Leviathan 48 (2020), S. 29–51.